



Dr. Hans-Jürgen Urban

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Das Rentenpolitische Memorandum der IG Metall

Konferenz: Gemeinsam für ein gutes Leben – Für einen Neuen Generationenvertrag

Berlin, 5. Mai 2009

Gliederung

- 1. Alterssicherung in der Krise**
- 2. Krise der Alterssicherung**
- 3. Es geht um mehr - Sozialstaatliche Erneuerung**
- 4. Das 5-Punkte-Programm der IG Metall**
- 5. Das IG Metall Modell: Gerechter – Ergiebiger – Nachhaltiger**
- 6. Der Neue Generationenvertrag – ein gesellschaftliches Kooperationsprojekt**

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

1. Alterssicherung in der Krise

Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Lage ist ernst – sehr ernst!

Die globale Wirtschaft befindet sich im freien Fall.

In Deutschland steuert die Wirtschaft auf die tiefste Rezession der Nachkriegszeit zu.

Aufträge brechen weg und die Beschäftigten bangen um Einkommen und Arbeitsplätze.

Und die IG Metall? Die redet über die Rente!?

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir reden über die Rente, nicht nur, aber eben auch.

Und das aus gutem Grund.

Denn das Thema Zukunft der Alterssicherung ist gerade angesichts der Krise alles andere als ein Randthema.

Gerade das Thema Alterssicherung ist vielfältig mit der gegenwärtigen Krise verwoben.

Wir erinnern uns:

Etwa um die Jahrhundertwende war der deregulierte Finanzmarkt-Kapitalismus zum dominierenden Leitbild der politischen Eliten, nicht nur in den USA, auch in Europa geworden.

Seine Ausstrahlungskraft machte auch vor Parteigrenzen nicht halt.

So hieß es noch im Jahre 2006 in einem, von prominenten Sozialdemokraten verfassten Impulspapier zur Weiterentwicklung sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik.

„Der Finanzplatz Deutschland muss im Hinblick auf alternative Investmentformen für institutionelle Anleger wie Versicherungen und Pensionsfonds attraktiver werden. Zu einem leistungsfähigen Finanzstandort gehört eine aktive Private-Equity-Branche.“

Heute erscheint die Hoffnung auf die segensreichen Wirkungen risikoorientierter Finanzakteure sicherlich naiv.

Doch dahinter stand mehr als eine naive Hoffnung.

Denn die Finanzmarkt-Player formulierten ein ums andere Mal mit Selbstbewusstsein und Kaltschnäuzigkeit ihre Ansprüche an die Politik:

Entweder weitere Liberalisierung der Finanzmärkte und Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme – oder Standortflucht und Arbeitsplatzabbau.

Franz Münteferings Warnung vor den Heuschrecken war zweifelsohne ein Wahlkampf-Coup.

Aber heute klingt sie zugleich wie ein Hilferuf der Politik angesichts der Übermacht der Finanzmärkte.

So plädierte etwa der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Rolf E. Breuer, für eine Arbeitsteilung zwischen Finanzkapital und Politik, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ.

„Politik muss (...) heute mehr denn je mit Blick auf die Finanzmärkte formuliert werden. (...).

Wenn man so will haben die Finanzmärkte quasi als ‚fünfte Gewalt‘ neben den Medien eine wichtige Wächterrolle übernommen. Wenn die Politik im 21. Jahrhundert in diesem Sinn im Schlepptau der Finanzmärkte stünde, wäre dies vielleicht so schlecht nicht.“

Politik im Schlepptau der Finanzmärkte!

Nicht die durch Wahlen legitimierte Politik wacht über die Finanzmärkte, sondern die Finanzmärkte übernehmen die Wächterrolle über Politik und Regierungen!

Eine prägnante Formulierung, mit einprägsamen Bildern - und einem erschreckenden Demokratieverständnis!

Wer heute von den Ursachen der Krise reden will, der darf von der demokratieverachtenden Anmaßung der Finanzelite nicht schweigen.

Und ich füge hinzu:

Wer zukünftigen Krisen vorbeugen will, der muss sich auf das legitime Zwangsrecht des demokratischen Staates berufen und die Macht dieser Herren durch demokratische Kontrolle bändigen!

Das ist das Gebot der Stunde!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Finanzmarkt-Botschaften wie diese erreichten offenbar ihre Adressaten.

Die Förderung des Finanzstandortes Deutschland etablierte sich allmählich als einschlägiges Leitbild, auch der Steuer- und Sozialpolitik.

So hieß es etwa in der Begründung des Vierten Finanzmarktförderungs-gesetzes der rot-grünen Bundesregierung aus dem Jahr 2002:

„Das Gesetz ist eingebettet in eine umfassende Strategie der Bundesregie-rung zur Stärkung des deutschen Finanzsystems (...)

Die Steuerreform 2000 erhöht die Attraktivität des Standorts Deutschland und treibt die Entflechtung der ‚Deutschland AG‘ voran. Die Rentenreform beschleunigt den Ausbau der privaten Altersvorsorge.“

Und so geschah es auch: Gesetze wie die „Riester-Reform“ beschleunigten den Ausbau der privaten, kapitalbasierten Alterssicherung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Dieser kleine Ausflug in die jüngere Wirtschaftsgeschichte verdeutlicht:

Die Förderung des Finanzmarkt-Kapitalismus und die Privatisierungen in der Rentenpolitik gingen vielfach Hand in Hand.

Die Privatisierung der Altersvorsorge war weltweit eine Quelle der überflie-ßenden Liquidität auf den Finanzmärkten – und damit eine Treiberin in die Finanzmarktkrise.

Und, so füge ich hinzu, die Abkehr vom finanzmarktgetriebenen Kapitalis-mus-Modell, das mit so katastrophalen Kosten gescheitert ist, muss mit einer Neuausrichtung der Alterssicherungspolitik einhergehen!

Diese Neuausrichtung hat aus der Krise zu lernen.

Die Privatisierung der Alterssicherung hat Schneisen in die staatlichen Systeme geschlagen, über die nun die Krise eindringt.

In den USA, in Großbritannien und anderen Regionen der Welt hat der Finanz-Crash zu einer grandiosen „Enteignung einfacher Sparer“ geführt.

Sie verloren ihre Sparvermögen, die sie sich oftmals vom Munde abgespart haben, um für ihr Alter und das ihrer Familien Vorsorge zu treffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Bietet diese traurige Entwicklung nicht allen Anlass, mit neuer Wertschätzung auf unser umlagefinanziertes, solidarisches Rentensystem zu blicken?

Das Umlageverfahren kennt kein Anlagerisiko.

Die deutsche Rentenversicherung speist sich nicht aus flüchtigen Renditen auf unberechenbaren Finanzmärkten, sondern aus einem solidarischen Miteinander der Generationen.

Ein unschätzbarer Vorteil, den es zu stärken gilt.

Aber: Anlass zur Entwarnung besteht nicht!

Auch das Umlagesystem ist gegenüber der realwirtschaftlichen Krise nicht immun.

Je länger die Krise dauert, desto stärker gefährden sinkende Beschäftigung und Einkommen die Einnahmebasis der Rentenversicherung.

Und zugleich wachsen Anforderungen an das System, durch erweiterte Ausstiegsoptionen einen Beitrag zur Entlastung des Arbeitsmarktes zu leisten.

Damit steigt zugleich der Druck auf Beitragssätze und Leistungsniveau.

Über diesen Umweg kann auch das Umlagesystem zum Krisenopfer werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Krisentreiber oder Krisenopfer – beides scheint mir keine angemessene Rolle für die solidarische Rentenversicherung.

Aber: Es gibt eine dritte Möglichkeit, einen dritten Weg – jenseits von Privatisierung oder Strukturkonservierung.

Eine solche reformorientierte Altersicherungspolitik könnte wichtige Beiträge zur Bewältigung der Krise leisten.

Einen wesentlichen Hinweis gab jüngst Paul Krugman, Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften:

Im Vergleich zu den USA machten die Europäer bei der Krisenbekämpfung so gut wie alles falsch:

Die Investitionsprogramme seien zu gering, die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank zu restriktiv und die Wirtschafts- und Finanzpolitiken der EU-Mitgliedsstaaten zu wenig koordiniert.

Aber Europa verfüge über einen Trumpf, und dieser bestehe in der – ich zitiere - „Größe und Großzügigkeit seiner Wohlfahrtsstaaten, die die Auswirkungen des wirtschaftlichen Einbruchs abmildern.“ (The New York Times, vom 23.03.2009)

Man glaubt es kaum:

Nach Jahrzehnten der Verdammung des Sozialstaates stimmt der gegenwärtig wohl renommierteste Wirtschaftswissenschaftler das Loblied des „großen und großzügigen“ Sozialstaates an.

Auf einmal sind die sozialen Sicherungssysteme nicht mehr wettbewerbs-schädliche Kostgänger der Wirtschaft und lähmende Hängematten für Faulenzer.

Auf einmal preist man sie als „automatische Stabilisatoren der wirtschaftlichen Entwicklung“, da sie die Verarmung vieler Menschen verhindern, die wirtschaftliche Nachfrage stützen und die soziale Stabilität erhalten.

Das ist Balsam für die geschundene Seele eines Sozialpolitikers! Das ich das noch erleben darf!

2. Krise der Alterssicherung

Soll die soziale Rentenversicherung im Sinne Krugmans ihren Beitrag zur Krisenüberwindung leisten, ist noch viel zu tun.

Strukturelle Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft und die Politik der letzten Jahre haben der Rentenversicherung schwer zu schaffen gemacht.

Sie steht vor versorgungs-, finanzierungs- und ordnungspolitischen Problemen, die sie in ihrer heutigen Struktur nicht bewältigen kann:

Durch Arbeitslosigkeit, Niedrigeinkommen sowie die generelle Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse verlieren immer mehr Menschen die Möglichkeit, ausreichende Anwartschaften zur Altersversorgung zu sammeln.

Und da die Haushaltseinkommen oftmals keine zusätzliche Privatvorsorge zulassen, sind Einkommensprobleme und Armutsrisiken im Alter vorprogrammiert.

Zweitens gerät die Rentenversicherung zunehmend in eine strukturelle Finanzklemme.

Die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt lassen die Einnahmen sinken und die Verschiebungen im Altersaufbau der Gesellschaft lassen zugleich die Ausgaben steigen.

Und schließlich ist festzustellen, dass zwar viel von den drei Säulen der Alterssicherung die Rede ist, dass ein effektives Zusammenspiel zwischen gesetzlicher, betrieblicher und privater Säule nicht existiert.

Im Gegenteil:

Wer infolge von Beschäftigungs- und Einkommensproblemen nur eine geringe gesetzliche Rente erwarten kann, dem fehlen auch Gelegenheiten und Finanzmittel, sein Einkommen aus betrieblicher oder Privativorsorge aufzustocken.

Und was tut die Politik?

Sie behauptet bei jeder neuen Rentenreform, das System würde zukunftssicherer, aber wirken tut sie eher als Problemverstärkerin denn als Problemlöserin.

Die Rentengesetze der letzten Jahre zielten vor allem darauf:

- Leistungen zu senken,
- die Altersgrenzen anzuheben,
- den Beitrag der Arbeitgeber zu drosseln
- und Teile der Alterssicherung zu privatisieren.

Die Folgen dieser Politik sind nicht mehr zu leugnen:

Das Bruttorenten- und damit das Versorgungsniveau der Rentnerinnen und Rentner wird – von der Politik gewollt (!) - drastisch sinken; von heute 52 Prozent auf etwa 42 Prozent im Jahre 2030.

Eine Lebensstandardsicherung im Alter rückt damit für Viele in weite Ferne.

Mehr noch: Für immer mehr ist Armut im Alter vorprogrammiert.

Braucht ein Durchschnittsverdiener heute 28 Beitragsjahre, um eine Rente oberhalb der Grundsicherung zu erwerben, so braucht er in Zukunft rund 34.

Und wer in den Niedriglohn-Sektor abgeschoben wurde, der müsste länger in die Rentenkasse einzahlen, als sein Arbeitsleben andauert.

Auch das, Kolleginnen und Kollegen, ist kein Versehen, sondern akzeptiertes Resultat der Politik der letzten Jahre.

Insgesamt sind Arbeitslose, Niedriglöhner und die Menschen in Ostdeutschland besonders gefährdet.

Denn dort ist die Arbeitslosigkeit doppelt so hoch wie im Westen, und die Einkommen liegen rund 20 Prozent niedriger.

Um es auf den Punkt zu bringen:

Wenn das Ruder nicht herum gerissen wird, steuern wir auf eine Zukunft zu, in der Altersarmut ein Massenphänomen sein wird.

Und das, Kolleginnen und Kollegen, das können wir und das wollen wir nicht hinnehmen.

Wir brauchen eine Wende in der Rentenpolitik – und zwar um 180 Grad und sofort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Politik der letzten Jahre hat immer wieder behauptet, sie wolle die Beitragsätze stabil und die Belastungen der Beitragszahler in Grenzen halten.

Das sei Zukunftsvorsorge für die jungen Menschen und schütze sie vor der Überforderung durch die Alten.

Doch das ist – höflich formuliert – ein naiver Irrtum, treffender formuliert: bewusste Irreführung!

Die Politik der Leistungskürzungen und Teilprivatisierungen hat die Arbeitgeber entlastet und der privaten Assekuranz neue Milliardenmärkte erschlossen.

Aber es sind gerade die nachwachsenden Generationen, die die Zeche zu zahlen haben.

Durch geringere, gesetzliche Renten und höhere Risiken bei den Kapitalprodukten.

Wer sich zukünftig das Versorgungsniveau sichern will, das vor etwa zehn Jahren die gesetzliche Rente gewährte, muss bis zu sechs Prozent seines Einkommens in kapitalbasierte Versicherungsprodukte stecken.

Ohne Arbeitgeberbeteiligung und ohne Solidarausgleich!

Und das umso mehr, je jünger man ist und je stärker man vom allmählich wirkenden Leistungsabbau betroffen sein wird.

Vom Riesterfaktor, vom Nachhaltigkeitsfaktor, von der Rente mit 67 und wie die „Segnungen“ der Rentenreformen alle heißen.

Immer mehr junge Menschen misstrauen dem Braten, der ihnen da aufgetischt wird.

Mich wundert es nicht, dass immer mehr sich mit Grausen von dieser Art der Generationenpolitik, ja von der Politik insgesamt abwenden.

Und dass sie immer öfter in Richtung Berlin sagen:

Bitte, liebe Politik, schützt uns nicht, wir haben es schon schwer genug!

3. Es geht um mehr - Sozialstaatliche Erneuerung

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Wachsende Versorgungsprobleme und steigende Verteilungsungerechtigkeiten nagen wie ein Biebert am Ansehen der gesetzlichen Rentenversicherung.

Ich befürchte: Wenn nichts Grundlegendes passiert, schlittert die Rentenversicherung in eine existenzbedrohende Akzeptanzkrise!

Vor allem bei den nachwachsenden Generationen.

Dabei gilt gerade bei der Alterssicherung: Wer die Jugend verliert, verliert seine Zukunft!

Angesichts dieser Sachlage reicht die Verteidigung der Bestände der Rentenversicherung nicht mehr aus.

Die Einschnitte der letzten Jahre waren zu tief, als dass durch die Verteidigung des Status quo das Vertrauen in die Verlässlichkeit des Rentensystems zurück gewonnen werden könnte.

Auf die rentenpolitische Agenda gehört ein umfassender Neuaufbau einer solidarischen, verlässlichen Alterssicherung.

Das bedeutet auch für uns, Abschied zu nehmen von der doch eher üblichen Verteidigungsrhetorik und Alterssicherungspolitik als sozialstaatliches Erneuerungsprojekt anzulegen.

Uns geht es:

- um die Erneuerung der sozialstaatlichen Sicherungszusage; und damit um eine Altersvorsorge, auf die man sich wieder verlassen kann.

Uns geht es

- um die Erneuerung des sozialstaatlichen Verteilungskompromisses - Arbeitgeber und Staat werden wieder stärker in die Finanzierung einbezogen.

Und es geht uns

- um die Erneuerung der Institutionen der Alterssicherung, indem die gesetzliche Rentenversicherung grundlegend reformiert und eine neue Balance zwischen gesetzlicher und der betrieblichen Altersversorgung gefunden wird.

4. Das Fünf-Punkte-Programm der IG Metall

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

was mehr öffentliche Verantwortung, Solidarität und Gerechtigkeit im Feld der Alterssicherung bedeuten kann, hat die IG Metall in ihrem Fünf-Punkte-Programm „Für einen Neuen Generationenvertrag“ aufgezeigt:

Der erste Punkt lautet: „Alle rein ins Solidarsystem – für die Weiterentwicklung der Rentenversicherung zu einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung“.

Die deutsche Rentenversicherung ist im Kern eine Arbeitnehmerversicherung.

Sie beruht nach wie vor auf dem Leitbild des tarifvertraglich geschützten und umfassend sozialversicherten Normalarbeitsverhältnisses.

Und sie verzichtet darauf, Erwerbstätige außerhalb des Arbeitnehmerstatus einzubeziehen.

Beide Prinzipien erweisen sich zunehmend als Achillesferse des Systems.

Deshalb ist eine schrittweise Einbeziehung aller Erwerbstätigen, also auch von Selbständigen, Freiberuflern, Beamten, Parlamentariern und anderen in die gesetzliche Rentenversicherung unverzichtbar.

Damit wird die Solidargemeinschaft der Rentenversicherung nicht kleiner, sondern größer.

Unsere Antwort auf die Zukunftsprobleme heißt nicht weniger, sondern mehr Solidarität!

Punkt zwei: Die IG Metall fordert eine Neuvermessung der Leistungen einer Erwerbstätigenversicherung. Wir sagen: Lebensstandardsicherung und Armutsvermeidung – beides muss drin sein.

Zukünftig muss die gesetzliche Rente wieder einen höheren Beitrag zur Lebensstandardsicherung leisten.

Dazu müssen zunächst die Renten wieder an die allgemeine Einkommensentwicklung angekoppelt werden.

Wir dürfen nicht hinnehmen, dass die Menschen nach einem langen, und oftmals mehr als kräftezehrenden Arbeitsleben von der allgemeinen Wohlstandsentwicklung abgehängt werden!

Aber auch diejenigen, die aufgrund ihrer Erwerbsbiographie keine ausreichenden Anwartschaften erwerben konnten, müssen vor Altersarmut geschützt sein.

Dies gilt insbesondere für Menschen mit langen Phasen von Arbeitslosigkeit und niedrigen Einkommen.

Heute begründet der Bezug von Hartz IV einen zukünftigen Rentenanspruch von rund 2 Euro 15. Das ist staatlich programmierte Altersarmut, das muss weg!

Unverzichtbar sind:

- eine verbesserte Absicherung bei Langzeitarbeitslosigkeit,
- eine Hochwertung von Niedrigeinkommen
- und die Anhebung der Grundsicherung im Alter.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Lebensstandardsicherung und Armutsvermeidung sind letztlich auch Gegenstand der aktuellen Debatte.

Bundesarbeitsminister Olaf Scholz stellt in Aussicht, noch vor der Wahl durch ein Gesetz sicher zu stellen, dass Rentenkürzungen grundsätzlich – und nicht nur im Jahr 2010 – ausgeschlossen werden.

Das begrüßen wir, fügen aber folgendes hinzu:

Offensichtlich lastet auf Olaf Scholz der Fluch der bösen Taten seiner Vorgänger.

Riestertreppe, Nachhaltigkeitsfaktor und Ausgleichfaktor seien solide und alternativlos, hielt man unserer Kritik stets entgegen.

Nun muss diese Anpassungsmechanik schon im dritten Jahr ausgesetzt werden. Besonders zukunftstauglich und solide wirkt das nicht.

Mehr noch:

Wird die Rentenformel selbst nicht geändert, wären die heute vermiedenen Einschnitte aufgeschoben, aber nicht aufgehoben.

Denn durch die Anpassungsformel wird es zu einer nachholenden Dämpfung, für viele Jahre vermutlich sogar zu einer gänzlichen Aussetzung von Rentenerhöhungen kommen.

Dass sich dies erst nach der Bundestagswahl vollzieht, dürfte den Minister beruhigen, die Betroffenen allerdings weniger.

Wir bleiben dabei: Nicht kurzatmige Flickschusterei, sondern die grundsätzliche Neudefinition des Leistungsniveaus sind angesagt.

Der dritte Punkt lautet: Betriebsrenten für alle! Für ein Arbeitgeber-Obligatorium in der betrieblichen Altersversorgung.

Gegenwärtig sind Anwartschaften aus Betriebsrentensystemen höchst unterschiedlich und ungerecht verteilt. In der Tendenz lässt sich sagen:

- Je kleiner der Betrieb, umso seltener und geringer die Betriebsrente;
- Frauen haben deutlich weniger Leistungen zu erwarten als Männer

- und in Ostdeutschland sind Betriebsrenten weitgehend ein unbekanntes Wesen.

Hinzu kommt eine drastische Verschiebung in der Finanzierung.

Die klassische, arbeitgeberfinanzierte Betriebsrente hat erheblich an Bedeutung verloren.

Wenn betriebliche Versorgungssysteme neu aufgemacht werden, handelt es sich weitgehend um Systeme der sogenannten Entgeltumwandlung, die von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern alleine finanziert werden.

Soll die betriebliche Altersversorgung in Zukunft dem ihr von der Politik zugewiesenen Teilauftrag bei der individuellen Sicherung des Lebensstandards gerecht werden, muss sie deutlich gestärkt und ausgebaut werden.

Deshalb fordern wir ein „Arbeitgeber-Obligatorium mit einer Arbeitgeber-Mindest-Beteiligung“.

Perspektivisch sollen alle Arbeitgeber ihren Arbeitnehmern ein Betriebsrentensystem anbieten und sich zumindest mit 50 Prozent daran beteiligen.

Ich komme zu Punkt vier unseres Konzeptes: Er lautet: flexible Übergänge in den Ruhestand statt Einheitsgrenze und Rente mit 67!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren!

Bereits heute ist es für viele Beschäftigte unreal bis zum Renteneintrittsalter gesund zu arbeiten.

Angesichts der Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt und in den Betrieben ist die Rente mit 67 für die meisten nichts anderes als ein nochmaliges Rentenkürzungsprogramm.

Und wer es tatsächlich so lange durchhält, der verschlechtert die Einstiegschancen der Jungen.

Die Rente mit 67 ist also insgesamt – da beißt die Maus keinen Faden ab - Ausdruck einer rentenpolitischen Geisterfahrt.

Und die muss so schnell wie möglich beendet werden!

Die Rente mit 67 muss weg!

Das war die Position der IG Metall und das wird sie bleiben!

Darauf kann sich der amtierende Minister, und darauf können sich auch die zukünftigen verlassen!

Aber, Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, wir wollen mehr!

Wir wollen nicht nur keine Rente mit 67, wir wollen generell keine Einheitslösung beim Übergang in den Ruhestand.

Wir sagen: Unterschiedliche Wirklichkeiten in den Betrieben erfordern unterschiedliche Möglichkeiten im Rentenrecht.

Es geht um individuelle Wahlmöglichkeiten unterhalb von 65 - zu klar definierten und akzeptablen Bedingungen.

Das, Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, sind Themen mit einer mittelfristigen Perspektive.

In der gegenwärtigen, zugespitzten Krisensituation ist die Rentenversicherung stärker gefordert – als Solidarsystem.

Als sozialstaatliches System, das seinen Beitrag zur Bewältigung unseres Ziels leistet: Keine Entlassungen in der Krise!

Ich weiß: Angesichts der Krisenstürme in den Betrieben und auf dem Arbeitsmarkt erscheint vielen die Rente als sicherer Hafen.

Unter diesen Bedingungen gewinnt die Rente mit 67 nicht an Plausibilität, sondern an Absurdität.

Notwenig ist jetzt das gerade Gegenteil!

Maßnahmen, die rentennahen Jahrgängen den Ausstieg erleichtern und jungen Menschen neue Beschäftigungsperspektiven eröffnen.

Um dies zu ermöglichen fordert die IG Metall von der Politik ein auf fünf Jahre befristetes „Sofortpaket Beschäftigungsbrücke“.

Dieses Paket soll vier Bestandteile haben. Wir fordern:

1. Wer 40 Versicherungsjahre hat soll ab dem 60. Lebensjahr in Rente gehen können - ohne Abschlüsse;
2. die ab 2012 beginnende Anhebung der Regelaltersgrenzen muss umgehend ausgesetzt werden;
3. die auslaufende öffentliche Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit muss fortgesetzt werden und
4. muss die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I für ältere Arbeitslose auf bis zu 36 Monate verlängert werden, um älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die doch arbeitslos werden sollten, das absacken in Hartz IV zu ersparen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Mit diesem „Sofortpaket Beschäftigungsbrücke“ könnte die Arbeitslosen- und Rentenversicherung einen dringend gebotenen Beitrag zur Krisenbewältigung leisten.

Rentennahe Jahrgänge könnten eine Perspektive jenseits der Arbeitslosigkeit erhalten und die Beschäftigungs- und Übernahmechancen der Jungen würden steigen.

Das wäre: Generationen-Solidarität konkret – nicht Alt gegen Jung, sondern Politik für Alt und Jung, wie sich das für einen Sozialstaat gehört!

Ich komme zum fünften Punkt unseres Konzeptes: Er lautet „Gute Löhne für eine gute Rente“

Kolleginnen und Kollegen,

Armutslöhne im Erwerbsleben können auch in einer Erwerbstätigenversicherung zu Sicherungslücken führen.

Daher gilt: verbindliche Mindestlöhne, faire und ausreichende Tariflöhne und eine Versicherungspflicht für alle Beschäftigungsverhältnisse sind und bleiben die beste Vorsorge gegen Armut im Alter.

Wer eine nachhaltige Entwicklung einer solidarischen Alterssicherung sichern will, ist nicht nur auf die Solidarität der Generationen angewiesen.

Der muss auch Schluss machen mit dem schleichenden Abschied der Wirtschaft aus der Sozialstaatsfinanzierung.

Nicht die Sicherung von Manager-Gehältern und Aktionärs-Dividenden, sondern die Sicherung der Finanzgrundlagen einer solidarischen Alterssicherung ist Kernaufgabe eines Sozialstaates.

Sollte dies in Berlin in Vergessenheit geraten sein, wird es höchste Zeit, erneut daran zu erinnern.

5. Das IG Metall Modell: Gerechter – Ergiebiger – Nachhaltiger

Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Bliebe die beliebte Fragen: Wer soll das bezahlen?

Um es zusammenzufassen: Im Vergleich zum rentenrechtlichen Status quo, also dem „Regierungs-Modell“, führt unsere Solidar-Modell dazu:

- die Versorgung der Rentnerinnen und Rentner zu verbessern;
- die Beitragzahlerinnen und Beitragszahler schrittweise zu entlasten,
- die Arbeitgeber stärker in die Finanzierung der Alterssicherung einzubeziehen und
- die öffentliche Hand stärker zur Finanzierung von armutsvermeidenden Maßnahmen heranzuziehen.

Im Regierungs-Modell beläuft sich der Finanzierungsanteil der Versicherten an der Alterssicherung im Jahr 2030 auf ca. 17 Prozent.

11 Prozent haben die Arbeitnehmer in die gesetzliche Versicherung einzuzahlen und etwa 6 Prozent wären notwendig, um privat die Sicherungslücke zu schließen, die die „Rentenreformen“ der letzten Jahre aufgerissen haben.

Die Arbeitgeber kämen mit einem Beitragssatz von 11 Prozent davon.

Bilanziert man die be- und entlastenden Wirkungen unserer Reformvorschläge wäre im Jahre 2030 ein Gesamtbeitragssatz von etwa 24 Prozent notwendig.

Dieser müsste ergänzt werden durch einen jährlichen Steuerzuschuss von 15 bis 20 Milliarden Euro.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hätten einen Beitrag von 12 Prozent zu tragen und wären gegebenenfalls bei der Aufbringung der Steuermittel beteiligt.

Insgesamt läge die Belastung jedoch deutlich unter der 17 Prozentgrenze.

Auch für die Arbeitgeber ergäbe sich ein gesetzlicher Beitragssatz von 12 Prozent.

Zusätzlich hätten sie ihren Kostenanteil an der ausgebauten betrieblichen Altersversorgung und gegebenenfalls eine Beteiligung an dem erhöhten Steuerzuschuss zu entrichten.

Wir halten dies für ein wettbewerbspolitisch vertretbares und unter Gerechtigkeitsaspekten gebotenes Finanzierungs-Modell.

Es wäre gerechter und ergiebiger als das heutige und die Gesellschaft könnte dem unwürdigen Zustand der Altersarmut entgegentreten.

6. Der Neue Generationenvertrag – ein gesellschaftliches Kooperationsprojekt

Liebe Kolleginnen und Kollegen.
Sehr geehrten Damen und Herren.

Die IG Metall will mit Vorschlägen die Alterssicherung neu aufstellen.

Wir setzen dabei auf einen möglichst breiten Dialog und einen möglichst weitreichenden gesellschaftlichen Konsens.

Wir begreifen den Neuaufbau einer solidarischen Alterssicherung als ein gesellschaftspolitisches Kooperationsprojekt und ein Projekt der Generationen-Solidarität.

Gerade im Interesse der nachwachsenden Generationen.

Wir wissen uns dabei einig mit den DGB-Gewerkschaften, den Sozialverbänden, anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen und sozial engagierten Bürgerinnen und Bürgern.

Wir haben das Ziel, sozialstaatliche Strukturen zu erneuern, die Sozialstaatskosten gerechter zu verteilen und ein armutsfreies, gutes Leben im Alter mit besseren Perspektiven für die Jungen zu verbinden.

Die Metallerinnen und Metaller, das zeigt auch die große Resonanz bei diesem Kongress, sind bereit, das Ihre dafür zu tun.